

# Halle'sches Tageblatt.

Dreißendachtzigster Jahrgang.  
Amtliches Beordnungsblatt für die Stadt Halle und den Saalkreis.

Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Beilagegebühren 9 Mark.

Inserate für die nächstfolgende Nummer bestimmt, werden bis 11 Uhr Vormittags, spätere dagegen längs zuvor erbeten.

Inserate befordern sämtliche Annoncen-Bureau.

Erscheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage

Abonnementpreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.

Inserationspreis für die viereckigste Corpos-Belle oder deren Raum 15 Fig.

Nr. 14.

Dienstag, den 17. Januar.

1882.

Ausgaben- und Annahmestellen für Inserate und Abonnements bei Rob. Cohn, gr. Steinstraße 73, M. Dannenberg, Geißstraße 67, R. Penne, Reizigerstraße 77, E. Trog, Sandbuckstraße 6, Albert Schmidt, Domplatz 8, Ludw. Kramer, Dömitz.

Für das neue Quartal werden Abonnements unansprechend von uns entgegengenommen.  
Die Expedition des Halle'schen Tageblatt.

## Die Eröffnung des Landtages.

Berlin, 14. Januar 1882.

In Gemäßheit der Allerhöchsten Verordnung vom 4. d. Mts. fand heute Mittag 12 Uhr im Weißen Saale des königlichen Schlosses die feierliche Eröffnung des Landtages der Monarchie statt. Der derselben vorangegangene Gottesdienst begann für die Mitglieder der evangelischen Kirche um 11 Uhr im Dom, wo der Hof- und Domprediger Schrader die Predigt hielt, für die Mitglieder der katholischen Kirche um 11 $\frac{1}{2}$  Uhr in der St. Hedwigskirche. Nach Beendigung der kirchlichen Feier nahmen die Mitglieder des Landtages im Weißen Saale in dem mittleren, dem verhältnißmäßig gegenüber belegen Räume Aufstellung. Für das diplomatische Corps war auf der nach der Kapelle zu belegenden Tribüne eine Loge bereit gehalten.

Sobald im Weißen Saale die Aufstellung vollendet war, erschienen die Staatsminister unter Vorritt des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, von Büttner, und stellten sich links von der Tribüne auf. Der Vizepräsident des Staatsministeriums verlas hierauf die nachfolgende Rede: Erlaube, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Des Kaisers und Königs Majestät haben mich zu beauftragen geruht, den Landtag der Monarchie in Allerhöchstem Namen zu eröffnen.

Die Finanzlage des Staats zeigt gegen die Ergebnisse der letzten Jahre einen weiteren Fortschritt der Besserung. Das abgelaufene Rechnungsjahr hat einen vorzugsweise aus der Verwaltung der verstaatlichten Eisenbahnen herrührenden verfügbaren Ueberschuß von beinahe 29 Millionen Mark geliefert und die Ergebnisse der Betriebsverwaltungen, sowie die in andauerndem Steigen begriffenen Einnahmen aus den Reichsfinanzen lassen für das nächste Jahr weitere Mehrerträge erwarten.

Ungeachtet der gegenwärtigen Mehrausgaben, unter denen insbesondere eine nicht unerhebliche Erhöhung der Militäranteile des Deutschen Reiches hervorritt, hat sich doch der Staatshaushalts-Etat für 1882/83 günstiger als für die drei vorhergehenden Jahre gestaltet.

In Folge dessen hat darauf Bedacht genommen werden können, den auf fast allen Gebieten der Staatsverwaltung hervorgerathenen Bedürfnissen in ausgiebiger Weise Vorsehung zu verschaffen. Wenn Ihnen besonnenen Rat und die Aufnahme einer Anleihe von mäßigem Betrage vorge schlagen wird, so geschieht dies in der Absicht kräftiger Entwicklung der wirtschaftlichen Interessen des Staats, insbesondere durch Förderung produktiver Anlagen und Zweige.

## Der Sträfling.

Nach einer wahren Begebenheit von W. Flachs.

(Schluß.)

„Allerdings will ich Ihnen Lebewohl sagen und Sie um einen Paß für mich und die Burgmanns bitten, doch das nur so nebenbei. Der Hauptgrund meines Kommens, Herr Bürgermeister, betrifft — meine Stinme zitterte merklich — meine künftige Frau. Sie haben mir gesagt, daß Sie mein Freund sind, wollen Sie mir das beweisen, so helfen Sie mir, die Art und Weise zu erlernen, wie ich Hedwig vor Nahrungsvorsorgen sicher stellen kann. Ich bin wohlhabend und werde nur einen kleinen Theil von dem, was ich bestimme, für mich gebrauchen, das andere möchte ich für Frau und Kind anlegen; doch ich kenne Hedwig und weiß, sie wird es nicht annehmen, sobald sie glaubt, daß es von mir kommt — erlernen Sie doch eine Form —“

„Ja, mein junger Freund,“ fiel der Bürgermeister herein ein, „das ist allerdings nicht leicht, denn auch ich kenne das so leicht verlegte Gefühl Hedwigs. — Aber wollen Sie diesbezüglich nicht noch einmal — zum letzten Lebewohl — sehen und sprechen?“

„Wo denken Sie hin, Herr Bürgermeister! Das ist eine Zumuthung, die zu erfüllen weit über meine Kräfte geht. Vielleicht wäre ich nach Jahren dazu im Stande, jetzt aber, mit der noch frisch blutenden Wunde, vermag ich es nicht. Ich fühle es, ich muß weit fort von ihr, um das Leben ohne sie ertragen zu lernen.“

„Da bewegen Sie die Fäden der Fortiäre, und Hedwig, ihr Kind an der Hand, trat eiligen Schrittes in das Zimmer und sank zu den Füßen des jungen Mannes auf die Knie: „Ich aber bitte dich,“ rief sie, „verlaß dein Weib nicht, nimm uns mit! — Ich kann ja ohne dich nicht leben, — o, verzeihe mir.“

„Hedwig! meine Hedwig! und er riß sie vom Boden auf, und preßte sie innig in seine Arme, „mein Weib, mein theures Weib, so willst du mit mir vergehen? Gott, ist es denn möglich, du fandest mich so viel Glück! —“

Sie richtete sich einen Augenblick in seinen Armen auf, ohne sich jedoch seiner Umarmung zu entwinden, und

Neben dem Staatshaushalts-Etat werden Ihnen Gesegenswürde zugehen, welche in Aussicht nehmen, die Lage der Hinterbliebenen unmittelbarer Staatsbeamten in Ueber-einstimmung mit der im vorigen Jahre erfolgten gesetzlichen Regelung dieses Gegenstandes im Reich sicherer und aus-schmücklicher zu gestalten und die Verhältnisse der nach langer Dienzeit in den Ruhestand zu verlegenden Beamten gün-stiger als bisher zu regeln.

Die Staatsregierung muß zu ihrem Bedauern darauf verzichten, die von ihr als dringend erkannte allgemeine Aufbesserung der Beamtenbesoldungen schon im nächsten Jahre zu verwirklichen; sie wird aber ernstlich darauf be-dacht sein, die hierzu erforderlichen nicht unerheblichen Mit-tel dem Staatshaushalte zuzuführen, und giebt sich der Hoffnung hin, daß die weitere Ausbildung des Systems der indirekten Steuern im Wege der Reichsgesetzgebung die baldige Erfüllung auch dieser Wünsche möglich machen werde.

Der in der letzten Landtagssession unerledigt gebliebene Entwurf eines Gesetzes, nach welchem die aus dem Ertrage neuer oder erhöhter Reichssteuern an Preußen zu über-weisenden Geldsummen zur Herabminderung der direkten Steuern und der Kommunalabgaben verwendet werden sollen, wird Ihnen wieder vorgelegt werden. Es sind in diesen Gesetzentwurf die Erleichterung der Volksschul-lasten unter Vereinfachung des Schulgeldes und die Erhöhung der Beamtenbesoldungen als unmittel-bare Verwendungszwecke mit aufgenommen worden.

Nachdem inzwischen das Reichsgesetz über die neu ein-geführten Reichsstempelabgaben in Kraft getreten ist, wird über die aus den Erträgen derselben dem preussischen Staatshaushalte zuzuführenden Mittel zum ersten Male Verfügung zu treffen sein.

In Verbindung mit dem vorhergezeichneten Gesetzent-wurfe wird Ihnen ein fernerer Steuererlaß vorgeschlagen werden.

Auch in der bevorstehenden Session wird Ihre Mit-wirkung auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens in hervor-ragendem Maße in Anspruch genommen werden. Ermutigt durch die schon bis jetzt erzielten günstigen Erfolge der Ueberführung mehrerer größerer Privatbahnen in die Hände des Staats und bestärkt in der Ueberzeugung, daß die mit Ihrer Zustimmung verfolgte Durchführung des Staats-Eisenbahnsystems den Interessen des Landes in hohem Maße entspricht, ist die Regierung bemüht gewesen, dem Staate den Besitz einer weiteren Reihe wichtiger Privatbahnen zu sichern. Mit der Einfügung derselben in das Staats-Eisenbahnnetz werden sich die Vortheile einer einheitlichen Verwaltung in noch erhöhtem Maße für das Land nutzbar machen lassen. Durch die mit den Gesell-schaften vereinbarten Verträge, welche Ihnen werden vorge-legt werden, ist zugleich die Vereinfachung der erforderlichen Geldmittel für die Herstellung neuer langgestreckter Schienen-

wege wie für mehrere größere Beschaffungen und bauliche Anlagen erleichtert, welche der erfreulich wachsenden Verkehr erheischt.

Die in der vorigen Session nicht erledigten Geset-entwürfe, welche eine erhöhte Würdigung für den wirtschaft-lichen und finanziellen Erfolg des Staats-Eisenbahnsystems bezwecken, werden Ihnen zur Beschlußfassung wiederum zugehen.

Von der unumgesetzten Fürsorge der Staatsregierung für die Verbesserung der Wasserstraßen wird die Anforderung weiterer beträchtlicher Mittel für die planmäßige Vor-kehrung der Stromtorrektionen, wie eine Denkschrift über die planmäßige Regulierung mehrerer schiffbarer Flüsse, nicht minder eine Denkschrift über die gegenwärtige Lage der preussischen Kanalprojekte Zeugniß ablegen. Die Staats-regierung hegt die Hoffnung, den Bau der ersten großen Abtheilung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals zur Verbindung des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks mit den deutschen Nordseehäfen alsbald in Angriff nehmen und zu diesem Ende noch in der bevorstehenden Session eine begünstigte Vorlage Ihnen zugehen lassen zu können.

Nachdem es zur lebhaften Befriedigung der Regierung Sr. Majestät möglich geworden ist, in mehreren katholischen Bistümern eine geordnete Verwaltung wieder herzustellen, sowie dringenden Nothständen auf dem Gebiete der Geselzorge Abhilfe zu gewähren, auch der Thätigkeit der frankens-pflegenden Genossenschaften Erweiterung und Erleichterung zu verschaffen, wird Ihnen im weiteren Verfolg der im Interesse der katholischen Bevölkerung angebotenen frie-dlichen Gestaltung der kirchenpolitischen Verhältnisse eine Vorlage unterbreitet werden, das Geset vom 14. Juli 1880, soweit es mit dem Beginn dieses Jahres außer Wirksamkeit getreten ist, wieder in Kraft zu setzen und zu-gleich in wichtigen Punkten zu erweitern bestimmt ist. Die freundlichen Beziehungen zu dem gegen-wärtigen Oberhaupte der katholischen Kirche setzen uns in die Lage, dem geschäftlichen Be-dürfnisse durch Wiederantrittung des diplo-matischen Verkehrs mit der römischen Kurie Rechnung zu tragen. Die Mittel hierfür werden von Ihnen erbeten werden.

Die Ihnen zugehenden Entwürfe einer Kreis- und Provinzial-Ordnung für die Provinz Hannover bekunden den unveränderten Willen der Staatsregierung, die mit dem Erlaße der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 begonnene und durch die späteren Organisations-Gesetze weiter entwickelte Verwaltungsreform vermöge schrittweiser Ausdehnung auf das gesamte Staatsgebiet unter gleich-zeitiger Berücksichtigung des aus einer mehrjährigen Er-fahrung sich ergebenden Revisionsbedürfnisses ihrem Abschlusse entgegenzuführen.

Meine Herren! Die beiden Häuser des Landtages

zu geloben —, und ich werde sie ihm gewissenhafter halten, als das erste Mal — aber verlassen werde ich meinen Mann nie mehr, und sollte ich etwas thun müssen, damit das Gesetz auch mich die Unbedenklichkeit aberkannt, nur damit mir wieder gleich stehen. Ich kenne jetzt den Paß, der allein auf Erden mir genügt, und ich denke fest darauf zu stehen, so lange ich lebe.“

Julie stieß einen Seufzer aus und wollte aus dem Zimmer flüchten, doch ihr Mann ergriff ihre Hand, und sie zu Hedwig und Hermann führend, sagte er: „Hedwig hat recht, und mir haben überlebt gekandelt, deshalb bitte ich auch um Verzeihung, daß ich in fremde Geheimnisse eingegriffen gewagt habe, ich hatte es nicht böse gemeint.“

„Weil ich nicht böse gemeint,“ wiederholte er, „so habe ich mich nicht so sehr über Sie hinweggesetzt, wie ich hätte können, und wenn Sie mich nicht so sehr über Sie hinweggesetzt, wie ich hätte können, und wenn Sie mich nicht so sehr über Sie hinweggesetzt, wie ich hätte können,“

„Ich bin zu glücklich, um in diesem Augenblicke feindselige Ge-fühle gegen irgend einen Menschen hegen zu können, ich vergebe auch dir, Julie, besonders da ich weiß,“ fügte sie leise, „nur Julie verständlich, hingu, „daß unerwiderte Liebe dich dazu verleitet hat. Ich verzeihe dir von Herzen“ sagte sie laut fort, „und wenn je eine Zeit kommen sollte, in der dein Gemüthe dir Vorwürfe darüber macht, was du an uns verhalten hast, so glaube mir, daß du den Fehler gestrichelt hast, sobald du deinem Gatten ein lebendes, treues Weib geworden bist. Neue sühnen jeden Fehler, und wir sühnen ja alle, denn wir sind Menschen, doch müssen wir auch verzeihen können, damit auch uns dereinst verzeihen werden möge.“

Der Bürgermeister, der während dieser Zeit die Pässe ausgereicht hatte, trat mit diesen in der Hand zu dem wieder vereinigten glücklichen Paare und sagte zu Hedwig: „Das heißt auf edle Weise Made nehmen, ich danke Ihnen, „mein Sonnenkappl,“ daß Sie nicht schlimmer mit meinem Kinde ins Gericht gegangen sind. Und hier,“ fuhr er zu Hermann gewandt, und diesem die Pässe übergebend fort, „ist das Gewünschte, mögen Sie in America glücklich werden. — Es ist ein Scheiden auf Nimmerwiedersehen, aber ich klage nicht darüber, denn über ein kleines wird der alte Papa sich doch zur Ruhe legen. Sie aber werden vereint mit Frau und Kind einer frohen, glücklichen Zukunft ent-

sagte, ihm zärtlich in die Augen sehend: „Der bedarf der Verzeihung mehr, der Mann, der gegen sein Weib nie einen Augenblick geklagt hat — was er auch sonst gegen menschliche und göttliche Gesetze geklagt, aber auch geküßt haben mag — oder die Frau, die sich zur Rükkehr über ihn aufwarf und ihn verließ, als er ihrer am nötigsten be-durfte? — Wenn ein ganzes Leben voll Liebe und Treue dieses Unrecht sühnen kann, so soll es gewiß geschehen.“

Sie hielten sich noch immer fest umschlungen, das Kind mit in die Umarmung ziehend, und waren in diesem Augenblicke die glücklichsten Menschen. Der Bürgermeister stand am Fenster und blickte auf die Straße, aber er sah nichts, was dort geschah, denn sein Blick war umflort, und er fuhr verflohen sich mit der Hand über die Augen.

Da wurde die Thür aufgerissen, und Julie, Fritz nach sich ziehend, trat herein. „Da siehst du es nun selbst, du wollest es ja nicht glauben, daß deine Schwester in den Armen eines Menschen liegt, der nicht das geringste Recht an sie hat — und dies alles unter den Augen meines eigenen Vaters!“

Hedwig wand sich aus den Armen ihres Mannes, trat ihrer Schwägerin einen Schritt näher und sagte, indem ihre sonst so freundlichen blauen Augen sie finster ansah: „Rein Wort mehr, Julie, ich würde sonst die Degenrinne deiner Handlungsweise, — die ich längst durchschaut habe — hier vor allen entfallen. Es ist nur Rücksicht für meinen Bruder, welche mich so lange schweigen ließ, aber zum zweitenmale gelingt es dir nicht wieder, zwei Herzen aus-einander zu reißen, die einander gehören für Zeit und Ewigkeit.“

„Wie es sich mit den Herzen verhält,“ antwortete Julie spöttisch, „das brauche ich nicht zu wissen, daß aber eure Lebenswege durch Rücksicht getrennt sind, das weiß ich.“

Hermann zuckte zusammen, doch Hedwig reichte ihm die Hand und sagte: „Die Liebe steht über dem Gesetz, denn selbst dieses kann mich nicht zwingen, meinen Gatten zu verlassen, da ich fast erschlossen bin, alle Konsequenzen seiner Vergehen mit ihm zu tragen. Ist es möglich, so bin ich bereit, auf's neue vor Gottes Altar ihm Treue

sind voraussichtlich zum letzten Male in der gegenwärtigen Gesetzgebungs-Periode versammelt. Mögen Ihre Beratungen, getragen von dem Geist der Treue und Hingebung für das Vaterland, gesegnet und für die sittlichen und materiellen Interessen des Volkes erfolgreich sein.

Am 14. August Sr. Majestät des Kaisers und Königs erklärte ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Hierauf brachte der Präsident des Herrenhauses, Herzog von Ratibor, ein Hoch auf Sr. Majestät den Kaiser und König aus, in welches die Versammlung begeistert einstimmt.

### Politisches Tagesbild.

In Frankreich ist die Entscheidung über die Verfassungsgesetzgebung im Gange. Gambetta hat der Kammer den Gesetzentwurf vorgelegt, der die bekannten Punkte enthält: Erweiterung der Wahlkollegien für den Senat, Ernennung der unabwählbaren Senatoren durch beide Kammern, Einschränkung des dem Senat zustehenden Budgetrechts und — last, not least — das Vistenfratium für die Deputiertenkammern. Die Kammer wird über die Klänge springen müssen, wenn sie sich nicht entschließen will, Gambetta den Abschied zu geben. Dieser führte die Vorlage mit einer Ansprache ein, in der er namentlich das Vistenfratium der Kammer an's Herz legte. Er betonte hierbei — wie seine Prologrede schon vorher gethan, — daß es sich zunächst nur um die Proklamierung des Prinzips handle, während die Anwendung bis zum Ablauf des Mandats der gegenwärtigen Kammer vorbehalten bleiben soll. Diese Erklärungen wurden, wie das offizielle Telegramm bemerkt, mit Bewegung aufgenommen; welcher Art die „Bewegung“ war, wird nicht gesagt. Nach anderen Berichten war die Aufnahme eine kühle. Die Versicherung, daß von dem neuen Wahlprinzip vorläufig kein Gebrauch gemacht werden soll, hat in der That wenig Beruhigendes, selbst wenn das Versprechen ehrlich gemeint sein sollte. Die Autorität der Kammer würde darum doch erschüttert sein und Gambetta würde sie ganz in der Hand haben, da die Deputierten ihre Paltung stets so einzurichten hätten, daß sie später nach dem neuen gambettianischen Wahlmodus wiedergewählt würden. Man hat erwartet, daß die Regierung die Dringlichkeit beantragen würde und hatte der Entscheidung über diese Vorfrage — als einer Kräfteprobe zwischen Anhängern und Gegnern des Vistenfratiums — mit Spannung entgegengeesehen. Aus dem Umstände, daß Gambetta auf einen Dringlichkeitsantrag verzichtete, will man schließen, daß er seiner Sache nicht sicher sei und ein unglückliches Schicksal fürchte. Da Niemand die Grschöpf des Ministeriums Gambetta antreten will und kann und da dieses selbst nicht ohne Vistenfratium leben zu können erklärt, so ist es nicht schwer, vorauszufragen, daß die Kammer trotz allen Sträubens schließlich ihr Jawort geben wird. Die Chancen des Revisionprojektes stehen im Senat merkwürdiger Weise besser als in der Deputiertenkammer. Der Bischof von Limoges, Herr Lamouge hat einen Hirtenbrief erlassen, der von den liberalen Vätern mit Befriedigung aufgenommen, von den ultramontanen mit Schweigen übergegangen wird. „Es heißt die Religion herabsetzen,“ sagt der Bischof von Limoges, „wenn man sie irgend einem politischen Regime insbesondere anbequemen will.“ Darum empfiehlt er den Vätern seiner Diöcese, sich auf der Kammer jeder politischen Anspielung zu enthalten und auch in Privatgesprächen den weltlichen Behörden gegenüber strenge Neutralität zu beobachten.

Wie aus Petersburg gemeldet wird, hat der Zar ein eigenhändiges Schreiben an den Grafen Ignatjew gerichtet, das ihn versichert, daß er fortwährend sein volles Vertrauen hege. Man könnte daraus schließen, daß Alexander III. über den von ihm einzuführenden Weg sich schlüssig gemacht hat; jedoch erst an den 14. August, die erfolgen werden, läßt sich erkennen, ob es sich um mehr als um eine neue Palastintrigue handelt.

**Kaukasische Wälder** beschäftigen sich vielfach mit den mittelasiatischen Angelegenheiten. Bekanntlich hat sich aus Merw eine Deputation von Turmenen-Häuptlingen nach Oest-Asien begeben, um dort im Auftrage ihrer Stammesgenossen mit den Russen zu verhandeln. Wie die „Nov. Wr.“ erzählt, sind die Verhandlungen resultatlos geblieben, und hat sich die Deputation bereits wieder in ihre Heimath zurückgegeben. In Kaschka sind die Russen eifrig über die Erforschung der irdischen Verhältnisse ihres neuen Besitzes aus. Die „Taz. Wod.“ berichtet, daß der Kommissar General Friede Mitte Oktober eine Reise zu den Quellen des Flusses Gargas unternommen habe, um Untersuchungen, betreffend die Versorgung mit Wasser der am Flusse Ustaj anzuliegenden neuen Stadt zu veranstalten.

In der „russischen Frage“ wird von allen Seiten abgewiegelt. Das „W. Fr. W.“ schreibt hochhoffentlich: „Italiensche und deutsche Wälder beschäftigen sich noch immer mit der „Wassfrage“; vielfach wird hierbei auch der Stellung Oesterreich-Ungarns zu derselben gedacht, doch können alle hierauf bezüglichen Meldungen schon deshalb nur wenig Werth beanspruchen, weil mit dem hiesigen Kabinett bisher keinerlei Gedankenanstaus über eine Veränderung der internationalen Stellung des Papstes, oder gar über eine Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft desselben gepflogen

gegen gehen. Gott segne Sie alle, — und nun leben Sie wohl!“

Und Hermann führte Weib und Kind zu dem noch immer harrenden Reijenzagen. Wie hatte sich in einer kurzen Stunde sein Schicksal so glücklich umgestaltet! Als ein armer trauernder Mann war er angekommen, und reich und hoffnungsvoll fuhr er mit Frau und Kind einer segensreichen Zukunft entgegen. D hätte seine Mutter das noch erleben können! doch ohne einen Tropfen Vermuth giebt es auf Erden keinen Freudenblick, und danken wir Gott, wenn es nur bittere Tropfen sind, die in den Freudenbecher hineinfallen, und nicht derselbe von Leid und Tränen angefüllt ist, wie er so vielen Menschen gegeben wird, die vergebens auf Glück hoffen.

wurde. Weder von dattianischer, noch von deutscher, noch von italienischer Seite ist diesbezüglich eine Anzeigung oder Sondirung erfolgt.“ — Sonntag Vormittag fand in dem Saale, in welchem der Papi am 8. Dezember v. 3. die Heiligsprechungen vollzogen hatte, die Verlesung des Decretes betreffend die Seligsprechung Alphons d'Alzoy's statt. Der Papi war dem Fortkommen gemäß nicht zugegen.

Winnen Kurzem wird die durch den Zuwachs aus den neu erworbenen Gebietsstücken verstärkte griechische Deputiertenkammer ihre Session eröffnen. Griechenland wird die Aufgabe zu lösen haben, die neuen Elemente zu assimiliren.

Nach der „Pol. Kor.“ soll die Errichtung von **verbischnen** Legationen in London, Rom und Athen bereits beschlossene Sache sein. Die serbische Regierung hat die Kosten der neu zu kreirenden Vertretungen bereits in das Budgetpräliminare pro 1882 aufgenommen.

Das Vorgehen der Westmächte in der **egyptischen** Frage hat fast überall Anstoß erregt, namentlich die Forderung der Einmischung Frankreichs und Englands als mit den souveränen Rechten des Sultans im Widerspruch stehend beklagt und bei Deutschland und Oesterreich eine Stütze gesucht für ihre Protestnote, der Hebe Müll war aber unsonst. Die Nationalpartei bezieht die Situation vollständig, so daß allein ihr Einfluß die Verantwortung der Note der Westmächte verbindet hat. Es vollzieht sich eben unaufhaltsam eine Wendung, die das Wort „Egypten für die Egypter“ zur Wahrheit machen soll. Die Bestimmungen der Westmächte theilt man in Deutschland sicher nicht und hält die ägyptische Bevölkerung eines besseren Vorsoes werth, als lediglich im Interesse der Zahlung der Coupons der Vonschöbiger verwaltet zu werden. Nach einem von dem „Journal des Debats“ veröffentlichten Telegramm aus Kairo ist die Stellung Scherif Pajash's erschüttert und wird die Bildung eines Kabinetts mit Arabi Bey, dem bekanntesten egyptischen Führer der Nationalpartei, an der Spitze erwartet.

### Deutsches Reich.

**Berlin, 14. Jan.** Se. Maj. der Kaiser empfing gestern Mittag 12 1/2 Uhr in besonderer Audienz den neu ernannten außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Niederlande van der Hoeven, um aus dessen Händen das Schreiben seines Souveräns entgegenzunehmen, durch welches er am hiesigen Hofe als solcher beglaubigt wird.

Die kaiserlichen und königlichen Majestäten beehrten am Freitag Abend die Seide bei der Fürstin Wäthilke Radzivil, der Mutter des hiesigen Anton Radzivil, aus Anlaß des Geburtstages derselben und verblieben daselbst längere Zeit in der festlichgeschmückten.

Se. königliche Hoheit Prinz Carl empfing heute den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Sr. Majestät des Königs von Portugal, Marquis de Penafiel, und den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Sr. Majestät des Königs der Belgier, Grafen van der Straeten-Pontopp, in Audienz.

Es ist kein Geheimniß mehr, daß die Prinzessin Wilhelm, die Schwiegertochter des Kronprinzen, einem frohen Ereignis entgegensteht. Die Prinzessin lebt daher in Potsdam sehr zurückgezogen und beschäftigt sich viel mit Lesen, nicht bloß mit leichter Unterhaltungsliteratur, sondern auch mit erstem Sublim.

Bei seiner letzten Anwesenheit stiftete General Chanzhy dem Prinzen Friedrich Karl einen Besuch ab, der nicht weniger als zwei Stunden dauerte; nach dem, was verlautet, ist der Verkehr der beiden Heerführer, die sich bei Le Mans gegenüberstanden, ein besonders sympathischer gewesen. In Bezug auf die Lage in Rußland hat sich General Chanzhy sehr optimistisch geäußert, als die russischen Zustände aufgefaßt werden; der bisherige französische Vorkämpfer erklärte dem Kaiser Alexander in der Lage, bei kräftigen Entschlüssen mit den vorzulegenden Schwierigkeiten fertig zu werden.

Das Verden des Fürsten Bismarck, das sich aus dem Gesichte nach den Hüften verzogen, hat sich als höchst herausgeputzt. Zu Vorjahren liegt nicht der geringste Grund vor. Man darf hoffen, daß der Fürst in wenigen Tagen von den Schmerzen völlig befreit sein wird.

Der Bischof von Fulda, Dr. Kopp hat am Freitag Abend Berlin verlassen und sich wieder nach Fulda begeben.

Wie die Kreuzzeitung berichtet, hat der Reichsfanzler die Professoren Schäßle und Wagner vornehmlich über die Bildung von korporativen Verbänden konsultirt, die als neue Grundlagen für das Arbeiter-Unfallversicherungs-Gesetz in Vorschlag gebracht worden sind.

Der Bundesrath trat gestern Nachmittags zu einer Plenarsitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen u. A. eine Vorlage, betreffend die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1880; ferner eine Mittheilung, betreffend die Arbeiten am Gotthardtunnel. Beschlußfassung über die Vorlage und über den Antrag Badens, betreffend die Zulassung gemischter Privat-Transitlager von Getreide in Pillau und Konstanz.

Es sieht fest, daß Centrum und Konservativen den Abg. Frhm. v. Heeremann (Centrum) zum ersten Vizepräsidenten wählen. Die Konservativen wollen damit zugleich ihrer Empfindlichkeit darüber Ausdruck geben, daß der Abg. v. Benda ihrer Wahl zum zweiten Vizepräsidenten des Reichstags einen Sturz gegeben hat.

Wie die „Germania“ erzählt, hat das Breslauer Domkapitel beschloffen, auf die Wahl eines Bischofs zu verzichten und den Papi zu bitten, selbst einen Bischof zu bestellen.

Wie es heißt, soll am 15. Mai bereits die zur Aufnahme der Verfassungsarbeit vorzunehmende Zählung stattfinden. Die Gruppen für die Eintheilung der Verfassungsarbeit sind festgesetzt. In denselben fehlt eine, unter welcher Aerzte und Apotheker zu erscheinen haben, da nur Handeldsgewerbe oder sogenannte freie Berufsarten für diese übrig bleiben würden.

Die Vorlegung des Etats wird im Abgeordnetenhause sich höchst wahrscheinlich bis zum Wittwoch verzögern. Es verlautet, daß in der allerletzten Zeit seitens des Staatsministeriums eine Veränderung in der früher angeordneten Aufstellung des Etats beschloffen, und zwar, daß die Einstellung einer Reihe von produktiven Ausgaben in das Extraordinarium beliebt worden ist, welche ursprünglich als besondere Vorlage erscheinen sollte.

Officiös schreibt man: Die Staatsvorlage, welche alsbald dem Landtage zugehen wird, erzieht die erfreuliche Thatsache, daß die finanziellen und wirtschaftlichen Zustände in einem Aufschwunge begriffen sind. Das vorige Verwaltungsjahr hat einen Ueberschuß von gegen 30 Millionen Mark über den Vorkursjahrs ergeben. Dieser Ueberschuß rührt zum großen Theil aus der Verwaltung der Eisenbahnen, und zwar namentlich der vrsprünglichen Eisenbahnen her — ein Beweis dafür, wie richtig die von der Staatsregierung eingeschlagene Eisenbahnpolitik gewesen ist. Der neu vorzuliegende Etat enthält allerdings ein unerhebliches Defizit, indeß wird dasselbe reichlich aufgewogen durch die Thatsache, daß die frühere Absicht, eine Anleihe von 60 Millionen zu produktiven Zwecken, namentlich zu Kanalbauten aufzunehmen, aufgegeben worden und die für das künftige Rechnungsjahr erforderliche Rate dieser Summe in den Etat selbst eingestellt ist.

Die Geschäftsordnungscommission beriech über die Straffache des Abg. Diez. Ein Telegramm des württembergischen Justizministers meldet: Diez sei auf gerichtlichen Befehl wegen unerlaubter Verbreitung socialistischer Schriften verhaftet worden. Die Untersuchung habe sich ursprünglich gegen den Buchhändler Goldpauken gerichtet; stat seiner habe man den Diez als seinen Geschäftsnachfolger in Anspruch genommen. Das Gericht betrachte den Diez als in fortgesetzter Verbreitung der Schrift und somit in Vergehens des Vergehens begriffen. Der Minister Dr. Clausenwig beantragte, Verfahren und Haft gegen Diez einzustellen, da die Maximalfrist, welche ihn treffen könne, sechs Monate betrage, somit keine Veranlassung vorliege, ihn seinen Funktionen als Abgeordneter zu entziehen. Eine Kritik des gerichtlichen Verfahrens ist nicht angebracht. Die Abg. Ritz und Meyer (Halle) glauben dagegen, das Verfahren des Gerichts einer scharfen Kritik unterziehen zu müssen. Letzterer führte aus, erst nach vollständiger Darlegung des Aktenmaterials werde sich übersehen lassen, ob nicht eine Verlegung des Reichstagsprivilegiums vorliege. Er beantragte, den Reichsfanzler aufzufordern, dem Reichstage demnächst eine vollständige aktenmäßige Darstellung des Materials zugehen zu lassen. Abg. Windthorst beantragte, daß die Gerichte angewiesen werden, in Zukunft in ähnlichen Fällen das Reichstagspräsidium telegraphisch zu benachrichtigen. Die Anträge des Referenten und des Abg. Windthorst werden einstimmig, derjenige des Abg. Meyer gegen eine Stimme angenommen.

Der in der Thronrede erwähnte Gesetzentwurf betreffend die Hinzufüge der Wittwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten, dessen die Eröffnungsrede erwähnt, wird zuerst dem Herrenhause zugehen. Außerdem wird zunächst dem Herrenhause ein Gesetzentwurf betreffend eine Abänderung der Grundbuchordnung zugehen.

Der Kompetenz-Konflikt, welchen Fürst Bismarck in seiner Eigenschaft als Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Angelegenheit der bei den Banthäusern Disconto-Gesellschaft-Weidacher in Berlin mit Beschlag belegten 50000 Mk. rumänischer Staatsgelder erhoben hat, gelangte am Sonnabend vor dem „Gerichtshof zur Entscheidung von Kompetenz-Konflikten“ zur Verhandlung. Bekanntlich erfolgte die Sperre zufolge der gleichlautenden Erkenntniß des königl. Land- und Kammergerichts in Berlin, wo dieselbe von dem Ingenieur Ziemer auf Grund des bekannten, von dem Hegner Rumänien in der Grundbuchfrage erstrittenen reichsgerichtlichen Erkenntnisses beantragt war. „Nach den Grundzügen des Völlerrechts,“ sagt Fürst Bismarck in seiner beglücklichen Note vom 5. Mai 1881, „gehört die Geltendmachung solcher vermögensrechtlichen Ansprüche an eine fremde Regierung nicht zur Zuständigkeit der inländischen Gerichte, vielmehr kann die Verfolgung derartiger Ansprüche — soweit nicht die inländische Staatsgewalt angetroffen wird — nur durch den Minister der auswärtigen Angelegenheiten auf diplomatischem Wege geschehen.“ Zur Begründung der Behauptung“ werden sowohl aus der völlerrechtlichen Theorie Beispiele angeführt wie auch auf die völlerrechtliche Theorie bedeutender Lehrer des Völlerrechts Bezug genommen und überdies der Note aus früheren Jahren Schriftsätze beigelegt, aus welchen hervorgeht, daß insbesondere auch in Preußen in einer Reihe analoger Fälle die Unzulässigkeit des Rechtsweges von den höchsten Behörden als feste Staatsprovis wiederholt anerkannt und thatsächlich durchgeführt worden ist. Neben dieser rechtlichen Begründung glaubt der Reichsfanzler „auf die politischen Motive aufmerksam machen zu müssen“, indem er auf die Folgen, „Repressalien“ hinweist, welche daraus für „deutsches Eigenthum im Allgemeinen“ erwachsen würden, „wenn der Grundtag zur Bestimmung gelangte, daß keine Privatklage zum Arrestschlag auf das Eigenthum fremder Regierungen Anlaß geben kann.“ Zur Verhandlung sind als Parteien vorgeladen die Disconto-Gesellschaft, S. Weidacher, Vertreter für Beide Rechtsanwalt Winterfeldt, und Ingenieur Ziemer, welcher durch Herrn Dr. Koffa vertreten war. Der „souveräne Staat“ Rumänien konnte nicht vorgeladen werden. Als Vertreter des Ministers des Auswärtigen war Herr Geheimrer Legationsrath Helmig erschienen. Nach einmündiger Beratung erfolgte die Publikation des Urtheils im Tenor, welcher lautet: „Der Rechtsweg wird als unzulässig erklärt und der Kompetenz-Konflikt für begründet erachtet.“

Wie man hört, wird im Hause der Abgeordneten die Reform des Sachverständigenwesens in Folge des Hartmannschen Falles zur Sprache kommen, das Gutachten, das die wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen in dieser Sache abgegeben hat, erstgen



